

Südafrika vor den Kommunalwahlen

Präsident Zuma und dem ANC droht eine weitere Machterosion

Denis M. Tull

Südafrikas Reputation als Vorzeigedemokratie und Investitionsstandort befindet sich im Sinkflug. Verantwortlich dafür sind neben anhaltenden wirtschaftlichen Problemen vor allem die zahlreichen Skandale der Regierung unter Führung von Präsident Jacob Zuma und dem African National Congress (ANC). Innenpolitisch beschleunigt diese Entwicklung die Erosion der ANC-Hegemonie über das Land. Das dürften auch die Kommunalwahlen am 3. August 2016 zeigen, bei denen die Opposition ihre bisherige Erfolgsserie voraussichtlich fortsetzen wird. Mit Blick auf die 2019 anstehenden Legislativ-Wahlen bildet die Abstimmung einen wichtigen Stimmungstest, der zum Katalysator für weitere ANC-interne Verwerfungen und eine Schwächung der Partei werden könnte.

Die Liste von Zumas Verfehlungen wird ständig länger. Bisheriger Höhepunkt ist ein Urteil des südafrikanischen Verfassungsgerichts von März 2016, wonach er sich der Vorteilsnahme zu Lasten der öffentlichen Hand schuldig machte, als er seine Privatresidenz in Nkandla für 14 Millionen Euro luxussanieren ließ. Die Richter stellten zudem fest, dass Zuma die Verfassung verletzt habe, als er die Weisungen von Ombudsfrau (Public Protector) Thuli Madonsela ignorierte, einen Teil der Baukosten zurückzuerstatten. Weiterhin haben grotesk anmutende, folgenschwere Personalentscheidungen den Ruf der Regierung ramponiert, etwa das Verwirrspiel um den Posten des Finanzministers.

Noch schwerer wiegt der Vorwurf, Zuma habe den Ausverkauf des Staates an ihm

nahestehende Geschäftsleute zu verantworten (»Gupta-Gate«). So machte Vize-Finanzminister Mcebisi Jonas im März 2016 publik, die Gupta-Familie habe ihm kurz vor der Entlassung von Finanzminister Nhlanhla Nene dessen Posten angeboten. Für Zuma potentiell noch bedrohlicher ist ein Gerichtsurteil von April 2016, das die Wiederaufnahme von Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Korruption im Zusammenhang mit Waffengeschäften aus dem Jahr 2009 ermöglicht (»Spy Tapes«-Affäre).

Doch die Skandalserie hat auch ihre positive Seite: Ombudsfrau und Gerichte haben die Funktionsfähigkeit wichtiger demokratischer Institutionen untermauert – in einer Zeit, in der die Grenzen zwischen Staat und Regierungspartei in Südafrika immer mehr zu verschwimmen drohen.

Zuma am Pranger

Die Skandale der seit 2009 amtierenden Zuma-Regierung und die Wahrnehmung grassierender Korruption und Vetternwirtschaft haben tiefe Spuren in der öffentlichen Meinung hinterlassen. Nach Umfragen von Afrobarometer ist die Zustimmung der Bevölkerung zum Präsidenten auf dem niedrigsten Stand seit 2001. Nur noch etwa ein Drittel der Südafrikaner (34 Prozent) hat Vertrauen in Zuma (2011: 62 Prozent). Selbst unter ANC-Anhängern vertraut ihm nur noch jeder Zweite. Vor diesem Hintergrund hat im März eine Diskussion darüber eingesetzt, ob Zuma als Präsident noch tragbar sei. Dass ihn selbst einige – meist – ehemalige Spitzenfunktionäre des ANC kritisierten, hat Spekulationen angeheizt, er könnte zurücktreten oder von seiner Partei vorzeitig abberufen werden.

Ein freiwilliger Rücktritt Zumas ist indes nicht zu erwarten. Zumindest vorläufig bietet es ihm eine politische Lebensversicherung, wenn er Präsident bleibt und die Krise aussitzt. Nur als Amtsinhaber hat er eine Chance, die eigene Nachfolge in ANC wie Regierung zu beeinflussen und dem Damoklesschwert der Korruptionsermittlungen zu entgehen. Mit einem vorzeitigen Amtsverlust hingegen würde es wahrscheinlicher, dass sich Zuma vor Gericht verantworten muss. Gegen einen Rücktritt spricht auch, dass Zuma weiterhin großen Rückhalt innerhalb der Partei hat, sei es im Nationalen Exekutivkomitee oder in den ANC-geführten Provinzregierungen.

Wahrscheinlicher als Zumas Rücktritt – aber keineswegs sicher – ist eine vorzeitige Abberufung durch den ANC, wie sie 2008 bereits seinen Vorgänger Thabo Mbeki erzielte. Ein schlechtes Ergebnis des ANC bei den Kommunalwahlen am 3. August würde die Diskussion um einen vorzeitigen Personalwechsel wohl anheizen. Es wäre zumindest vorstellbar, dass der ANC eine Abberufung Zumas durchsetzt, um die Partei – auch mit Blick auf die Wahlen 2019 – von dieser personellen Altlast zu befreien. Dies könnte beim ANC-Nominierungsparteitag im Dezember 2017 oder auch schon früher

passieren. Als »schlecht« würde ein Ausgang der Kommunalwahlen gelten, wenn der landesweite Stimmenanteil des ANC erstmals seit 1994 deutlich unter 60 Prozent fiel oder große Metropolregionen (Johannesburg, Tshwane, Nelson Mandela Bay Municipality) an die Opposition gingen.

Der ANC unter Druck

Zuma ist längst nicht das einzige Problem des ANC. Tatsache ist, dass die Popularität der ehemaligen Befreiungsbewegung langfristig und strukturell abnimmt – aufgrund demographischen Wandels, wachsender Mittelschichten und steigender Bildung. Kgalema Motlanthe, Ex-Staatspräsident und einst ANC-Generalsekretär, warnte seine Partei, die Bürger seien immer weniger bereit, den ANC über seine »glorreiche Geschichte« zu beurteilen. Entscheidend seien die Ergebnisse der Regierungspolitik.

Auf gesellschaftlicher Ebene sind wachsende politische Unzufriedenheit und Desillusionierung unübersehbar. Erstens ergeben Umfragen deutlich negative Bewertungen der Regierungspolitik in zentralen Problemfeldern wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsbau, Kriminalität, Bildung, Armut und Korruption. Die vom ANC erbrachten Verbesserungen scheinen nicht geeignet, die Erwartungshaltung der Bürger zu bedienen. Nur 37 Prozent sind der Auffassung, ihre sozioökonomische Situation habe sich seit Ende der Apartheid verbessert. Zweitens hat sich die Zahl der öffentlichen Proteste gegen schlechte Lebensbedingungen, mangelhafte Dienstleistungen des Staates und lokale Korruption seit 2005 verfünffacht. Die Massenproteste von Studierenden 2015 gegen eine Erhöhung der Studiengebühren waren ein besonders scharfes Warnsignal an die Adresse der Regierung.

Hinzu kommt, dass sich die Wirtschaftslage jüngst noch einmal verschlechtert hat. Im ersten Quartal 2016 gingen in Südafrika 355 000 Jobs verloren. Weitere Krisenzeichen sind ein niedriges prognostiziertes Wachstum von 0,7 Prozent für 2016 (2015: 1,3 Prozent), eine schwere Dürreperiode

sowie Chinas Wachstumsschwäche, die sich negativ auf den Export südafrikanischer Rohstoffe auswirkt. Längst nicht alle Belastungen sind exogen. Die ungelösten Probleme bei der Stromversorgung und die anhaltende Unsicherheit über den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Regierung tragen ihren Teil dazu bei, dass der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen 2015 (1,8 Milliarden US-Dollar) seinen niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreichte.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem ANC schlägt sich seit geraumer Zeit in den Wahlergebnissen nieder. Seit er 2004 mit 70 Prozent sein bislang bestes Resultat erzielte, ist der Stimmenanteil des ANC kontinuierlich gesunken (2014: 62 Prozent). Der Anteil der Wahlberechtigten, die für ihn votierten, ist zwischen 1994 und 2014 von 54 auf 35 Prozent gefallen. Aussagekraft hat auch der Trend bei der Wahlbeteiligung; sie ist seit 1994 stetig zurückgegangen. Bei den Parlamentswahlen 2014 stimmte nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten ab; die Zahl derjenigen, die wegblieben (knapp 16 Millionen), war damit deutlich höher als jene der ANC-Wähler (11,4 Millionen). Gemessen am Selbstverständnis der einstigen Befreiungsbewegung, die eine Transformationsagenda für Südafrikas Gesellschaft vertritt, signalisieren diese Werte eine wachsende Kluft zwischen ANC und weiten Teilen der Bevölkerung.

Die Democratic Alliance als Herausforderer

Zu erwarten ist, dass die Opposition bei den Kommunalwahlen ihren Höhenflug fortsetzen wird. Dabei steht die Democratic Alliance (DA) an erster Stelle. Seit 1994, als sie 1,7 Prozent erhielt, hat sie bei jeder Wahl deutlich zugelegt; bei den Parlamentswahlen 2014 erreichte sie 22,2 Prozent. Die DA erhofft sich bei den Kommunalwahlen nicht nur weitere Stimmenzuwächse, sondern spekuliert sogar auf Mehrheiten in den Großstädten Johannesburg, Pretoria und Port Elizabeth (Kapstadt wird bereits seit 2006 von ihr regiert).

Die Wahlen sind ein wichtiger Test dafür, ob die Partei neben ihrer Stammklientel, die vorwiegend aus ethnischen Minderheiten besteht, auch Teile der zunehmend unzufriedenen schwarzen Wählerschaft anziehen kann. Einerseits galt der Wahlerfolg 2014 als Hinweis darauf, dass die Partei ihr Wählerpotential entgegen verbreiteter Annahme noch nicht ausgeschöpft habe. Andererseits erhielt sie trotz deutlicher Zuwächse noch immer nur rund 6 Prozent der schwarzen Wählerstimmen.

Mit der 2015 vollzogenen Übergabe des Parteivorsitzes von Helen Zille an Mmusi Maimane, den ersten schwarzen DA-Chef, war die Erwartung verbunden, unter den schwarzen Mittelschichten in den Städten zuzulegen. Ob die DA aber langfristig zu einem ernsthaften Konkurrenten des ANC werden kann, hängt letztlich von ihren politischen Angeboten und ihrer strategischen Ausrichtung ab. Neuralgischer Punkt ist dabei, welche Position die sich als liberal verstehende Partei einnimmt, wenn es darum geht, das von der schwarzen Bevölkerungsmehrheit erlittene Unrecht durch staatliche Eingriffe (z.B. positive Diskriminierung) abzumildern. Aus Sicht vieler schwarzer Südafrikaner sind hier noch viele Fragen offen.

Erosion der Allianz

In den kommenden fünf bis zehn Jahren ist die größte Herausforderung für den ANC aber nicht die Democratic Alliance, sondern sein eigener innerer Zusammenhalt und der seiner Partner. Wie lange der ANC seine 1994 etablierte politische Hegemonie noch behaupten kann, hängt im Wesentlichen von parteiinternen Faktoren ab. Die letzten drei Jahre waren von eskalierenden Konflikten zwischen Zumas Anhängern und Gegnern innerhalb des ANC und der Regierungskoalition geprägt. Wichtige Zäsuren bildeten dabei die Rauswürfe zweier Galionsfiguren. Julius Malema verlor 2012 sein Amt als Präsident der ANC-Jugendliga, Zwelinzima Vavi wurde 2015 als Generalsekretär des Gewerkschafts-

Dachverbandes Congress of South African Trade Unions (COSATU) abberufen. Beide waren Schlüsselakteure bei Zumas Aufstieg; beide sind populär, und sie sind im Begriff, neue politische Plattformen aufzubauen. Malema hat die linkspopulistische Partei Economic Freedom Fighters (EFF) gegründet, die bei den Parlamentswahlen 2014 aus dem Stand 6,4 Prozent der Stimmen erhielt. Vavi lancierte im Mai 2016 eine neue Gewerkschaftsorganisation, die mit COSATU konkurrieren soll. Sein wichtigster Partner ist die National Union of Metalworkers (NUMSA), die mit 340 000 Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft Südafrikas, die ebenso wie Vavi im letzten Jahr von COSATU ausgeschlossen wurde. Ein Dauerthema bleibt zudem die Gründung einer von NUMSA getragenen neuen Arbeiterpartei, die eine ernste Konkurrenz für den ANC, aber auch die EFF darstellen würde.

Zumindest kurzfristig ist davon auszugehen, dass Malemas und Vavis Projekte – so unterschiedlich und teils gegensätzlich sie auch sein mögen – einer nennenswerten Gruppe von enttäuschten ANC-Anhängern eine neue politische Heimat geben werden. Mittelfristig wird sich die Frage nach der Kooperations- und Koalitionsbereitschaft dieser Bewegungen (wie auch der DA) stellen. Aus heutiger Sicht ist hier aufgrund politisch-ideologischer und persönlicher Differenzen Skepsis angebracht.

Ausblick

Die anstehenden Kommunalwahlen werden Südafrikas politische Landkarte (noch) nicht grundlegend verändern. Trotz des desolaten Bildes, das die Regierungspartei nicht nur, aber auch wegen ihres Präsidenten abgibt, besteht an einem deutlichen Sieg des ANC kaum Zweifel. Zum einen liegt das an der anhaltenden politischen Identifikation großer Wählerschichten mit der einstigen Befreiungsbewegung, zum anderen daran, dass es in den Augen vieler schwarzer Bürger – vor allem auch bei der großen Zahl von Nichtwählern – bislang (noch) keine Partei gibt, die glaubwürdig dafür eintritt,

die apartheidsbedingten strukturellen Ungleichheiten in der Gesellschaft zu überwinden.

Dennoch werden die Kommunalwahlen stärker umkämpft sein als jede andere Wahl seit 1994. Zumas politische Zukunft wird dies vermutlich nicht beeinflussen, es sei denn, auf eine unerwartet herbe Wahlschlappe folgen weitere Krisenereignisse, die seine Reputation vollends ruinieren. Auf die Regierungspolitik wiederum wird Zumas politisches Schicksal zunächst keine nennenswerten Auswirkungen haben. Politisch relevant würde die Personalie nur dann, wenn Zuma beim Nominierungsparteitag 2017 versuchen sollte, für eine weitere Amtszeit als ANC-Vorsitzender gewählt zu werden, um die ihm drohenden Gerichtsverfahren durch politische Einflussnahme abwenden zu können. Ein solcher Versuch könnte die Partei weiter auseinanderreiben, konkurrierende Machtzentren schaffen und letztlich die Autorität und Handlungsfähigkeit der künftigen Regierung beeinträchtigen. Die daraus resultierenden Verwerfungen wären zweifellos geeignet, den bisher nur langsam verlaufenden Prozess der Erosion von Legitimität und Kohäsion der Partei erheblich zu beschleunigen.

Aus deutscher Perspektive sind die innenpolitischen Verschiebungen in Südafrika insofern willkommen, als ein ausgeprägter Parteienwettbewerb die demokratischen und rechtsstaatlichen Fundamente des Landes stärken dürfte. Außenpolitisch kann sich die Situation ebenfalls nur verbessern. Die antiwestliche Rhetorik der Regierung, die durch Südafrikas Beteiligung am Kreis der aufstrebenden BRICS-Staaten beflügelt wurde, war auch aus Sicht vieler Südafrikaner wenig hilfreich und hat den Interessen des Landes nicht gedient. Von den bislang gehandelten Favoriten auf die Zuma-Nachfolge – darunter Vizepräsident Cyril Ramaphosa sowie Nkosazana Dlamini-Zuma, frühere Ministerin, scheidende Kommissionspräsidentin der Afrikanischen Union und Ex-Frau Zumas – wäre ein pragmatischerer Kurs zu erwarten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364